

# Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,  
der Lemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Bei Anzeigen wird die einseitige  
Zeile oder deren Raum mit 30 Pfg.  
berechnet. Reklamezeile 70 Pfg. Bei  
Wiederholungen entsprechender Rabatt.  
Girokonto Kreisbank Laasphe Nr. 89  
Postcheckkonto Köln 404 49

Nummer 106

Laasphe, Samstag den 4. Oktober 1919

44. Jahrgang

## Ratifikation des Friedensvertrages in der französischen Kammer.

Paris, 2. Okt. Die Kammer nahm die Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles mit 372 gegen 53 Stimmen an.

Paris, 2. Oktober. (Havas. Kammer.) Augagneur kritisierte die Garantien für die Ausführung des Friedensvertrages. Er hätte die Entlassung Deutschlands gern gesehen, sowie die Schaffung einer internationalen Streitmacht durch den Völkerbund. Franklin Bouillon kritisierte den Friedensvertrag ebenfalls und sagt, daß, wenn die Vereinigten Staaten nicht in den Völkerbund eintreten würden, der Friedensvertrag in Wert und Tat nichtig werde. Er hofft, daß der amerikanische Senat nicht eine solche Entlassung bereiten werde. Der Redner greift ferner die finanziellen Bestimmungen an und bedauert, daß die Unterhändler den Standpunkt Fochs, den Rhein zu behalten, nicht aufrecht erhalten hätten.

## Verteilung der Ministerposten.

Die Verständigung über die Umgestaltung des Reichskabinetts.

Die Verhandlungen über den Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung haben, wie halbamtlich mitgeteilt wird, zu einer vollen Verständigung sowohl in der Sache als auch in der Verteilung der einzelnen Ministerposten geführt. Nach den endgültigen Abmachungen erhalten die Demokraten in dem umzubildenden Reichskabinetts außer der Justiz und dem Innern das neue Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen. Der Justizminister wird Vertreter des Reichstanzlers.

Dem Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederaufbaues Nordfrankreichs und Belgiens, werden zugleich die wichtigen Aufgaben der Entschädigung der Auslandsdeutschen, der Entschädigung der Kolonialdeutschen, der Abwicklung der Kriegsschulden und der Zwangsliquidationen sowie der Entschädigung für unsere Handelsflotte zugewiesen. Die endgültige Bezeichnung und Geschäftsbereichung für dieses Ministerium bleibt vorbehalten. Minister David wird dem Kabinetts als Minister ohne Portefeuille angehören. Der interfraktionelle Ausschuss tritt wie früher unter dem Vorsitz des Herrn v. Bager wieder in Tätigkeit.

Die drei Regierungsparteien beabsichtigen auch, einen interfraktionellen Ausschuss ihrer Presse einzusetzen, in dem jede Parteipresse drei Vertreter ent-

senden soll. Der interfraktionelle Ausschuss der Nationalversammlung und der interfraktionelle Ausschuss der Presse sollen in enger Fühlung miteinander arbeiten.

### „Ein notwendiges Uebel.“

Der „Vorwärts“ wendet sich gegen die Meldung des „Berliner Tageblattes“, daß den Demokraten in der Frage des Betriebsrätegesetzes entgegengekommen worden sei. Von einem derartigen Kompromiß könne keine Rede sein. Es stehe fest, daß die Sozialdemokraten von vornherein den vorliegenden Entwurf des Betriebsrätegesetzes als ein unannehmbares Minimum erklärt haben, eine Erklärung, die von den Demokraten auch als selbstverständlich entgegengenommen worden sei. Im übrigen sieht der „Vorwärts“ in der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien für die Mehrheitssozialisten ein „notwendiges Uebel“, solange keine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament vorhanden sei und die Unabhängigen auf ihrem Standpunkt der Opposition um jeden Preis beharren. Da es aber einmal geschehen müsse, so sei ein Zusammenarbeiten mit zwei bürgerlichen Parteien, die ihre schädlichen Einflüsse zum Teil gegenseitig aufheben, der Zusammenarbeit mit nur einer von beiden vorzuziehen, weil dadurch sich das Verhältnis zu den einzelnen Parteien lockere und weniger verbindlich gestalte, während gleichzeitig die parlamentarische Basis eine breitere werde.

## Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 2. Oktober 1919.

Die Beratung des Etats des Finanzministeriums wurde am Donnerstag fortgesetzt mit einer Rede des Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.). Er begrüßte den Übergang der Finanzhoheit von Preußen auf das Reich, denn die Gliedstaaten müßten reine Verwaltungskörper ohne Souveränität werden, und mit den mittelfrühsten Zuständen der Reichsfinanz müsse gründlich aufgeräumt werden. Unannehmlich sei es, wie Minister Heine den Wünschen der kleineren Staaten hinsichtlich eines Anschlusses an Preußen Widerstand entgegenzusetzen kann. Die Metallarbeiter wehren sich mit ihrem Streik gegen die drohende Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz. (Der Redner wird, als er immer wieder auf den Streik der Metallarbeiter zu sprechen kommt, vom Präsidenten Leinert wiederholt erwidert, zur Sache zu sprechen.) Der Finanzminister muß dafür sorgen, daß die Forderungen der Metallarbeiter beachtet werden.

Ministerpräsident Hirth: Die Vorschläge der thüringischen Regierungen sind in einer Weimarer Besprechung von Vertretern aller Parteien aus Thüringen auch von Freunden des Herrn Dr. Rosenfeld einmütig

tig abgelehnt worden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Eine Schwächung Preußens würde auch eine Schwächung Deutschlands bedeuten. Die preussische Regierung wird entschieden an einer Entwicklung im Sinne des deutschen Einheitsstaates festhalten. (Lebhafte Zustimmung links.) Meine Mitteilungen im Hauptauschuss über die parlamentarischen Bestrebungen halte ich vollinhaltlich aufrecht. Den Vorwurf, daß sich die Regierung der Spigel bedient, weise ich entschieden zurück. Das tut vielmehr die kommunistische Partei. Die Unabhängigen sollten doch zwischen sich und den Kommunisten endlich einen Strich ziehen. Es ist unverantwortlich, daß u. a. der Wirtschaftsleben durch Inflationierung von Putzschneidern gestört wird. Die Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln durchzusetzen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Haushalt des Finanzministeriums wird unter Streichung der Ostmarkenzulage angenommen.

Es folgt die Beratung der Denkschrift über die Gewährung einer

### einmaligen Teuerungszulage

an unmittelbare Staatsbeamte sowie in Verbindung damit die zweite und dritte Lesung der Bedingungs- und Lage für eine einmalige Beschäftigungsbefähigung für Staatsbeamte und im Staatsdienst beschäftigte Lohnangestellte.

Finanzminister Dr. Südekum: Mit der durch diese Vorlage herbeigeführten Hilfe schreibt einher die gewaltige Aktion zur Verbilligung der Lebensmittel, die für Mitte Januar die Ausbringung von wiederum 3 Milliarden Mark erfordert. Preußen hat davon drei Fünftel zu tragen. Durch Uebergabe der Eisenbahnen an das Reich dürfen wir erwarten, daß die preussischen Staatsfinanzen abgerichtet werden. Die Aufgabe der Steuerhoheit hat ernste Konsequenzen für Preußen. Die zurzeit nicht durchführbare Reform der Beamtengehälter, die unbedingt durchgeführt werden muß, kann nur im Einvernehmen mit dem Reich und mit den Ländern erledigt werden. Jedenfalls müssen wir mit der Wirtschaft, in die wir gekommen sind, aufpassen. Ich bitte um unbedingte Annahme der Vorlage.

## Die Nationalversammlung.

— Berlin, 2. Oktober.

### Fortsetzung der Wahlenabende.

Die Aussprache über den Tiefstand der Wahlen wurde heute fortgesetzt. Als erster Redner nahm der bayerische Bauernführer Abg. Heim das Wort. Er führte aus, daß die Wahlen nicht nur in den besiegten, sondern auch in den siegreichen Ländern gefallen sei. Die Ursache dieses Sinkens sei die Schwächung

schwer durch mich beleidigt, so mag er mich meinetwegen oerlagen. Er hat ja vier Zeugen.“

„Ich bitte Sie, wegen solcher rein persönlichen Angelegenheiten läuft man doch nicht zum Kadi?“

„Und das sagt ein Jurist? Auch gut!“

„Wozu weiter darüber verhandeln?“ bemerkte der Rittersgutsbesitzer. „Wir haben schon viel zu lange gewartet.“

„Wo noch einmal: Sie lehnen es ab, dem Herrn Affessor Mallwitz Genugtuung zu geben, Herr von Marleben?“

„Sie wissen bereits meine Antwort auf Ihre Frage.“

„Schön! Dann werden Sie die Folgen zu tragen haben.“

„Und welche Folgen sind das?“ fragte Fritz nicht ohne Leise Ironie.

„Sie werden gesellschaftlich tot sein.“

„Dahahaha! Sie dürfen es mir nicht übel nehmen, daß ich das ziemlich stark bezweifle.“

Die beiden Herren hatten sich bereits erhoben und murmelten fast gleichzeitig: „Habe die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen!“

Dabei sahen sie an Fritz vorbei, als wenn er Luft für sie wäre oder überhaupt nicht existierte. Mit einem so erbärmlichen Kneifer wollten sie nichts mehr zu tun haben. Dann machten sie eine tadellose Verbeugung und entfernten sich mit steifen Schritten.

Fritz, der sie höflich bis zur Tür begleitet hatte, wandelte mit auf den Rücken gelegten Händen im Zimmer hin und her. Zum Duell hatte man ihn also pressen wollen! Das war ihm doch zu dumm! Daß er sich aber in diesem Mallwitz einen unveröhnlichen Feind geschaffen hatte, das stand unumstößlich fest. Nun, mochte es immerhin sein! Er war ja bald wieder dort drüben, in einer freieren Luft, wo man über solche Geschichten lachen konnte, ohne dabei etwas von dem Wert seiner Persönlichkeit einzubüßen.

Felicia dachte ganz ebenso wie er, als er ihr eine humoristisch gefärbte Schilderung von dem Zusammentreffen mit dem Affessor und dem Auftreten der beiden Setundanten gegeben hatte.

Mit vergnügtem Nachdenken setzten sie sich beide über diesen nach ihrer Meinung so unwesentlichen Ereignis hin.

(Fortsetzung folgt.)

## Harte Prüfung.

Kriminal-Roman von Max Hoffmann.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich Genugtuung schuldig?“ bemerkte Fritz lachend. „Ich meinte vielmehr, daß Herr Mallwitz mir solche schuldig sei.“

„Sie haben Herrn Mallwitz harangiert und öffentlich attackiert.“

„Wir können dreist deutsch sprechen“, sagte Fritz ruhig.

„Ich habe Herrn Mallwitz auf seine unehrlichen Anweisungen aufmerksam gemacht und ihm die Fortsetzung dieser Reden verboten. Das war mein gutes Recht. Er hat mein Auftreten durch sein tadelnswertes Verhalten hervorgerufen. Nicht er ist nach meiner Meinung beleidigt, sondern ich war es.“

„Na, wie dem auch sein möge“, erklärte Brigelwitz unmissig, „jedenfalls fühlt sich Mallwitz durch Sie beleidigt und will Genugtuung von Ihnen haben.“

„Die Sache ist mir rätselhaft“, versetzte Fritz. „Was verlangt er denn von mir?“

Die beiden Herren warfen sich einen Blick zu, als wenn sie sagen wollten: Entweder ist dieser Mann schrecklich ungebildet, oder er will sich über uns lustig machen. Zu seiner Ehre schienen sie das letztere anzunehmen, und Brigelwitz fuhr fort: „Herr Mallwitz sieht als dem Beleidigten die Wahl der Waffe frei. Er hat sich für Pistolen entschieden, jezt Schritt Barriere.“

Er hielt plötzlich mit seiner Auseinandersetzung inne, denn Fritz unterbrach ihn durch ein lautes, ganz respek. ses Gelächter, das eine Weile anhält. Endlich beruhigte er sich wieder und sagte: „Ach so, meine Herren, jetzt verstehe ich Sie erst! Herr Mallwitz will sich mit mir schlagen, er schlägt mir ein richtiges Duell vor. Wie ehrenhaft für mich! Sie müssen mir aber schon erlauben, für diese große Ehre zu danken. Ich treffe zwar mit meiner Browning-Pistole auf dreißig Schritt die Löcher in einem Schweizerkäse. Wissen Sie, ich habe das jenseits des großen Teiches so nebenbei zu meinem Vergnügen gelernt, denn es gibt da in manchen Städten recht verteilte Gegenden, wo einem solche Fertigkeit ganz nützlich sein kann, aber trotzdem habe ich kein Verlangen danach,

mir vielleicht durch eine Kugel des Herrn Mallwitz das Lebenslicht ausblasen zu lassen. Nein, dazu gefällt mir's noch viel zu gut auf dieser schönen Gotteswelt. Und bedenken Sie: Ich stehe kurz vor meiner Hochzeit!“

Die Herren waren offenbar sehr peinlich berührt durch diese sonderbare, unerwartete Aufnahme, die sie mit ihrer so liberalen wichtigen Mission gefunden hatten, und wußten nicht recht, was sie dazu sagen sollten. Auf ein solches unsägliches Verhalten waren sie nicht im mindesten gefaßt gewesen. Sie hatten sich das so schön gedacht, in feierlicher, durchaus korrekter Weise ihren bedeutenden Auftrag erledigen zu können, als würdige Vertreter einer höheren Idee ihrer Gesellschaftskreise, und nun benahm sich dieser Mann hier, gelinde gesagt, so infam! Ungeheuer! Sie sahen betreten zur Erde und schwiegen. Es war wirklich äußerst fatal!

Affessor Müller fand zuerst die Sprache wieder und fragte, nachdem er sich hörbar geräuspert hatte: „Sie wollen uns also kurz und bündig zu verstehen geben, Herr von Marleben, daß Sie die Forderung des Herrn Affessors Mallwitz nicht annehmen?“

„Sehr richtig, meine Herren. Ueber solche — wie soll ich sagen? — Kindlichkeiten bin ich doch hinaus. Ich bin jetzt ein Mann von siebenundzwanzig Jahren, vor zehn Jahren wäre ich vielleicht darauf eingegangen, vor fünf Jahren hätte ich mich vielleicht in eine Vorgerei eingelassen, aber das alles liegt weit hinter mich. Sehen Sie, meine Herren, wenn der eine von uns tot oder zum Krüppel gesch. u. wird und wenn ihm von dem andern die Knochen zer. u. werden, was ist damit bewiesen? Höchstens, daß der andere besser schießen kann, oder daß er der Stärkere von uns beiden ist.“

Ist damit auch zugleich festgestellt, wer im Recht ist oder wer im Unrecht? Doch wohl kaum! Die Sachlage bleibt dieselbe wie vorher. Sie erwidern vielleicht, der Ehre sei wenigstens Genüge geschehen und damit sei dann die Sache überhaupt aus der Welt geschafft. Diese Weltanschauung, die sich durch Formalitäten befriedigt fühlt, ohne den eigentlichen Kern, um den es sich handelt, zu berücksichtigen, teile ich nicht. Nein, nein, Sie mögen denken, was Sie wollen, da mache ich nicht mit!“

Und Herr Mallwitz soll die ihm zugefügte Kränkung ruhig auf sich sitzen lassen?“

„Das verlange ich ja gar nicht! Fühlt er sich wirklich so

von so gewaltigen Mengen von Umlaufwerten in allen Ländern. Nach seiner Meinung trügen die politischen Debatten, insbesondere die Debatten über die Schuld und die Richtigkeit am Kriege einen großen Teil der Schuld an dem Salutatsur.

Zur Besserung der Saluta sei bei uns noch lange nicht genug geschehen. Es sei unerhört, daß wir seit der Revolution monatlich viermal soviel Noten drucken wie während des Krieges. (Hört! hört! rechts.) An der Niederlage sei die Revolution nicht schuld, wohl aber an der weiteren Verschlechterung nach dem Waffenstillstand. Sparbarkeit sei die Hauptsache. Dann müsse die Korruption mit allen Mitteln bekämpft werden. Das neue Wiederaufbauministerium sollte sich auch des sittlichen Wiederaufbaues annehmen. (Allseitige Zustimmung.) Wir brauchen keine Streiks mehr, die Arbeitgeber könnten heute viel eher streiken als die Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Unser Schicksal liegt vor allem bei den Bergarbeitern. An die hohen Löhne haben sich die Arbeiter gewöhnt, ein Abbau wird nur schwer sein. Wir werden wohl zu einer Doppelwährung greifen müssen. Der Papiermark mit zwar Kurs im Innern und der Goldmark für den Weltverkehr. Wenn die Entente selbst Nachteil von unserer neuen Währung hätte, wäre das doch längst geschehen. Die Einfuhr muß auf das Notwendigste beschränkt werden.

Der nächste Redner Abg. Wurm (U. Soz.) erwartet eine Hebung unserer Saluta nur dann, wenn das Ausland wieder Vertrauen in unsere Arbeitsfähigkeit gewinnt. Dazu sei aber nötig, daß die Arbeiter die Arbeit selbst regeln und ihren vollen Ertrag für sich verwerten können. Die Streiks könnten vermieden werden, wenn die Arbeitgeber sie nicht durch Verweigerung der Forderungen der Arbeiter provozieren. Eine Sozialisierung sei uns nötig, und wenn sie auch nicht sofort den Wohlstand bringe, so müsse doch endlich einmal damit der Anfang gemacht werden, damit der Arbeiter Vertrauen zur Regierung und Lust zur Arbeit bekomme. Eine Besserung der Beziehungen zum Ausland werde erst dann eintreten, wenn die innere Politik geändert werde.

Reichsfinanzminister Erzberger teilte im Anschluß an eine entsprechende Anregung seines Vorredners mit, daß eine Konferenz von Sachverständigen, die die Gründe unseres schlechten Salutastandes erörtern soll, bereits zusammengetreten ist und heute schon getagt hat. Der Minister erörterte dann in längeren Ausführungen die Maßnahmen der Regierung zur Hebung der Saluta. Zunächst müsse die Arbeitskraft des deutschen Volkes gehoben und gestärkt werden. Die Regierung habe wieder 3 1/2 Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel ausgeworfen. Diese 3 1/2 Milliarden sollen dazu benutzt werden, um Zeit und Fleiß auf dem bisherigen Preisstand zu halten. Diese Preispolitik werde die Regierung systematisch weiterführen. Für eine Regelung der Ein- und Ausfuhr werde die Regierung sorgen. Es herrsche auf allen Seiten des Hauses Übereinstimmung darin, daß das heutige vielfach planlose Einlaufen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens nicht weiter fortgesetzt werden kann. Es sei daher auch ein Ding der Unmöglichkeit, jetzt weitere Aufhebungen der Zwangswirtschaft vorzunehmen.

Eine Verschiebung von Kapital ins Ausland soll in Zukunft verhindert werden. Eine Saluta-Anleihe könne uns nicht dauernd helfen. Zur Zeit sei die Salutaanleihe aber ein unentbehrliches Hilfsmittel zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage.

Abg. Dr. Nießer (D. Vp.) faßte in einem Schlußwort als Vertreter der interpellierenden Partei das Ergebnis der Aussprache zusammen: Die Sozialisierung ist kein Mittel, die Produktion zu erhöhen und zu verbilligen. Die Revolution hat nicht nur das Selbstbewußtsein der Arbeiter gestärkt, sondern ein Herrenbewußtsein in ihnen groß gezogen, das ebenso zu verurteilen ist, wie früher das Herrenbewußtsein der Unternehmer. Die Interpellation hat das Interesse der weitesten Kreise auf eine Frage gelenkt, die vielfach bisher ausschließlich für eine Finanzfrage gehalten wurde und die in Wirklichkeit doch von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Jedes Volk hat die Saluta, die es verdient. Erst wenn das Ausland Vertrauen gewinnt zu unserer Erholungsfähigkeit, wird es besser werden. Wir müssen Schluß machen mit der Verminderung der Staatsautorität. Ordnung und Arbeit müssen wieder einziehen. Die einzige Produktion, die unverändert blüht, ist die Herstellung von Banknoten. Die Kapitalflucht geschieht aus verächtlichen und niedrigen Motiven, aber sie ist auch eine Folge unserer inneren Unruhen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Die Arbeitszeit in den Bäckereien.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Abänderung der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien. Nach der alten Verordnung darf in Bäckereien und Konditoreien an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht gearbeitet werden. Nach der neuen Vorlage sollen von 6 1/2 Uhr bis 9 1/2 Uhr vormittags leicht verderbliche Konditorwaren hergestellt und ausgetragen werden können. Ferner dürfen nach 6 Uhr abends während einer Stunde Arbeiten vorgenommen werden, die zur Wiederaufnahme des regelmäßigen Betriebs am folgenden Werktag notwendig sind.

Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache, an der sich die Abg. Binder (Soz.), Scheffold (Ztr.), Hartmann (Dem.), Wiener (D. natl.), Dr. Marek (D. Vp.) und God (U. Soz.) im wesentlichen zustimmend beteiligten, an einen Ausschuss verwiesen.

Arbeitsentgelt und Militärversorgungsgeld.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzesentwurfes, wonach Militärversorgungsgeld auf das Arbeitsentgelt nicht angerechnet werden dürfen.

Reichsarbeitsmin. Schäfer: Es ist bereits in dieser Weise verfahren worden. Die Vorlage führt aber eine einheitliche Regelung herbei. Es handelt sich nur um einen kleinen Auschnitt aus dem großen Militärversorgungsgesetz. Hoffentlich wird die Vorlage recht bald verabschiedet. Das große Militärversorgungsgesetz soll noch im Winter der Nationalversammlung vorgelegt werden.

## Der Berliner Metallarbeiterstreik.

Auflösung der verbotenen Streikversammlungen.

Die Streikleitung der ausländischen Berliner Metallarbeiter hatte für Donnerstag vormittag mitten in der Arbeitszeit 30 Versammlungen angekündigt, in denen die ganze organisierte Arbeiterschaft Berlins über den Stand des Metallarbeiterstreiks unterrichtet, notwendige Unterstützungsmaßnahmen anderer Arbeiterkategorien erörtert und eine finanzielle Hilfsaktion für die notleidende Streikleitung organisiert werden sollte. Es war von vornherein klar, daß mit diesen Versammlungen eine auf Ausdehnung der Streikbewegung zielende Demonstration beabsichtigt war. Da die Versammlungen von dem Einberufer bezogenen Verweise nicht angemeldet waren, hatte der Polizeipräsident die Verhinderung und Auflösung der Versammlungen angeordnet.

Die Haltung der Arbeiterschaft war nicht einheitlich. Die mehrheitlich sozialistisch organisierten Arbeiter sind vormittags in den Betrieben bei der Arbeit geblieben, während die unabhängig und kommunistisch gesinnten Arbeiter zu einem guten Teil die Betriebe entweder streikmäßig geschlossen verlassen oder ordnungsmäßig einzeln um Urlaub für einige Stunden gebeten haben. In den städtischen und öffentlichen lebenswichtigen Betrieben ist keinerlei Streikführung eingetreten. Die Straßenbahnen verließen ihren Dienst. Ebenso wird bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken gearbeitet. Auch im Eisenbahnverkehr und bei der Post ist keine Unterbrechung zu verzeichnen.

Eine misslungene Demonstration.

Ungeachtet des Versammlungsverbotes begab sich die große Mehrzahl der Metallarbeiter aus den einzelnen Betrieben zu den angesagten Versammlungslokalen. Die Versammlungslokale waren, als die ersten Trupps der Arbeiter vor den Eingangstüren erschienen, bereits von Soldaten abgesperrt. Wo die Demonstranten bereits in die Versammlungslokale eingedrungen waren, wurden die Versammlungen kurz vor der Eröffnung durch Sicherheitspolizei aufgelöst.

Flugzeuge im Dienste der Sicherheitspolizei.

Nach Auflösung der Versammlungen marschierten verschiedene große Züge nach dem Schillerpark, Treptower Park und nach dem Tiergarten, um ebenfalls Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten. Zum erstenmal traten hiergegen Polizeifliegerstaffeln in Kraft, die die Bildung der Züge überwachten und über den Kasernen der Sicherheitspolizei entsprechende Meldungen abwarfen. Dadurch war es möglich, sofort Kommandos nach den einzelnen Plätzen zu entsenden und die Versammlungen aufzulösen, bevor noch die Redner sprechen konnten.

Stürmischer Zusammenstoß in der Müllerstraße.

Im allgemeinen entfernten sich die Arbeiter ruhig. Dagegen kam es in der Müllerstraße zu einem stürmischen Zusammenstoß, bei dem ein Mann getötet und zehn Personen schwer verletzt wurden. Nach der Auflösung einer Versammlung in den Kasernen in der Müllerstraße sammelten sich Tausende in der Müllerstraße vor den Sälen an, die der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, nicht Folge leisteten, sondern die Versammlung auf der Straße eröffneten. Der Redner wurde verhaftet und sollte nach der Polizeistation gebracht werden. Zwei weitere Männer, die die Menge zu Tätlichkeiten gegen die Polizei aufgefordert haben sollen, wurden ebenfalls festgenommen. Die Menge, die etwa 15 000 Personen zählte, warf den Soldaten Schimpfworte zu, Stöße wurden erhoben, und da die Menge den Weg verstellte, war es nur sehr schwer, sich einen Weg zu bahnen. Während ein Teil der Demonstranten die Sicherheitstruppen tätlich angriff, suchten andere die Gefangenen zu befreien. Im gleichen Augenblick knatterte nun eine Salve, und mehrere Personen stürzten hin und nieder. Nach einigen Minuten gab die Polizeitruppe eine zweite Salve und wieder stürzten mehrere Personen zu Boden. Ein Mann, der einen Schuß in den Rücken erhielt, wurde tot vom Platze getragen. Bis her wurden zehn Verletzte festgestellt. Unter diesen befindet sich ein Knabe, zwei Frauen, eine mit schwerem, eine andere mit leichtem Schenkelbruch.

Verhaftung von Metallarbeiterführern.

Wie die Leitung des Metallarbeiterverbandes mitteilt, sind 17 ihrer Funktionäre in den Berliner Versammlungen verhaftet worden. Die Leitung des Verbandes steht auf dem Standpunkt, daß diese Verhaftungen ungesetzlich seien. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes, der sich augenblicklich in Stuttgart befindet, hat beim Ministerpräsidenten Bauer und beim Polizeipräsidenten Ernst telegraphischen Protest gegen dieses Vorgehen erhoben. Nach weiteren Mitteilungen des Metallarbeiterverbandes werden sich sämtliche Gewerkschaften mit der augenblicklichen Lage beschäftigen und geeignete Mittel erwägen, um ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen.

## Politische Rundschau.

Reichspräsident Ebert wird in Begleitung mehrerer Vertreter der Reichsregierung der Einfuhrmesse in Frankfurt a. M. einen Besuch abstaten.

Der Haushaltsanschluß der Nationalversammlung genehmigte die für die Demokraten geforderten zwei neuen Ministerposten.

Die ehemalige Herzogin Charlotte von Sachsen-Meiningen, Prinzessin von Preußen, eine Schwester Kaiser Wilhelms, ist in Baden-Baden, wo sie zur Kur weilte, gestorben.

Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei haben bei der Nationalversammlung eine Interpellation wegen Schädigung des deutschen Handels durch die unkontrollierbare Einfuhr in bezug auf Getreide eingebracht.

In Breslau wurde die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien“ eröffnet. Reichskanzler Bauer hielt

eine Rede, in der er die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland betonte.

Die Beschaffungszulage für die oberösterreichischen Eisenbahnen wird in den nächsten Tagen ausbezahlt. Damit ist die Vorauszahlung für den seinerzeit geplanten Eisenbahnerstreik in Oberösterreich hinfällig geworden.

Die bayerische Regierung hat im Landtag einen fünfzigmillionen Kredit beantragt, um beträchtliche Warenmengen, hauptsächlich Reis und Hülsenfrüchte, an den süddeutschen und bayerischen Grenzen anzukaufen.

Ein deutsch-polnisches Abkommen ist am Donnerstag im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden. Das Abkommen ist der erste Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Polen und enthält die Bestimmungen über die Entlassung festgehaltener Personen, namentlich auch der Kriegsgefangenen, und die Gewährung einer weitgehenden Straffreiheit für die mit militärischer, politischer und nationaler Tätigkeit zusammenhängenden strafbaren Handlungen sowie über die damit verbundenen Fragen. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch die deutsche Nationalversammlung, der unzerzählige eine entsprechende Vorlage zugehen wird, um den zahlreichen betroffenen Deutschen die Wohltaten des Abkommens möglichst bald zu verschaffen.

Holländische Waren für Deutschland. Zu dem vom Reichsfinanzminister Erzberger in der Nationalversammlung mitgeteilten Nachricht vom Abschluß eines größeren Warenkreditbes in Holland verlautet, daß es sich dabei vor allem um Petroleum und andere Heizöle handelt. Die Mengen sind sehr bedeutend. Sofort lieferbar sind: 40 000 Tonnen, weitere 100 000 Tonnen sollen im Laufe des nächsten Halbjahres geliefert werden. Verhandlungen mit anderen Lieferanten und über andere Waren sind teils noch im Gange, teils vor dem Abschluß.

Die Räumung des Baltikums. Die Ententemächte wegen der sofortigen Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen wird von der deutschen Regierung in kürzester Frist beantwortet werden. Die deutsche Regierung wird ausdrücklich erklären, daß sie mit aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln verfahren wird, ihre Truppen zum Rückmarsch aus dem Baltikum zu veranlassen. Stets sei die Reichsregierung zur Räumung der baltischen Provinzen bereit gewesen.

## Rundschau im Auslande.

Bei der Luxemburger Volksabstimmung entschied sich die große Mehrheit für die Großherzogin und den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich.

Wegen der Kohlennot wird vom nächsten Sonntag ab der Personenverkehr auf den österreichischen Staatsbahnen an den Sonntagen bis auf weiteres eingestellt.

Österreich: Die Verteidigung des Grafen Berchtold.

Der frühere österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, nimmt in der „Zürcher Ztg.“ Stellung zu dem jüngst herausgegebenen Wiener Notbuch. Er schreibt u. a., die Note der k. u. k. Regierung an Serbien hätte von vornherein keine unannehmbaren Forderungen ins Auge gefaßt und keine Demütigung Serbiens bezweckt, sondern nur ein Mindestmaß politischer Garantien für ein normales Nebeneinanderleben angestrebt. Die Tatsache, daß Deutschland nicht früher als die anderen Signatarmächte Kenntnis von der Note erhielt, erklärt Graf Berchtold damit, Bethmann Hollweg habe Österreich-Ungarn freie Hand gelassen mit dem Bemerken, man müsse in Wien bestimmen, was zu geschehen habe, Deutschland werde, wie immer auch die Entscheidung ausfallen möge, hinter Österreich-Ungarn stehen.

## Vermischte Nachrichten.

Dortmund, 3. Okt. (Der neue Regierungspräsident in Arnberg.) Zum Regierungspräsidenten von Arnberg, einem der wichtigsten Regierungsbezirke Preußens, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Max König (Dortmund) ernannt.

Kemnitz, 2. Oktober. (Das Spiel mit Schußwaffen.) Das 11-jährige Söhnchen des Hilfspolizeibeamten Otto Knorr machte sich am gelobten Revolver seines Vaters zu schaffen. Dabei entlud sich ein Schuß und tötete den Knaben.

Ein „feiner Herr.“ Aus dem Kreise Marburg wird folgende Anekdote aus dem Dorfe Wollmar gemeldet: Dort erschien am 28. nach vorhergegangener schriftlicher Anmeldung beim Bürgermeister ein fein gekleideter Herr mit einer Mappe unter dem Arm und gab sich als Revisionsbeamter für die Quittungskarten aus. Ahnungslos wurde dann dem Herrn Revisor der Ortsbürger zur Seite gegeben, um ihm die Häuser zu zeigen. Vorgefundene Unregelmäßigkeiten belegte der Herr Kontrolleur mit Strafen von 15–20 Mark, die sofort einkassiert wurden. Als man nach dem Abschied merkte, daß der feine Herr auch noch dem Bürgermeister 200 Mark aus dem Tischkasten geklaut hatte, wurde angespannt und zum Bahnhof Marchhausen gefahren, aber zu spät, denn der feine Herr war bereits mit dem 1/11 Uhr-Zug nach Frankfurt abgedampft.

Starker Geschäftsgang der Frankfurter Messe. Die Messe hat kräftig eingesetzt. Sie bietet sich eine übersichtlich geordnete, reich beschickte Schau, Industrie und Handel sind nicht nur aus dem Rhein-Main-Bezirk, sondern aus ganz Deutschland vertreten, zahlreich auch aus dem Ausland. Manche Warengruppe bietet eine kassenlose Ueberfülle. Geschäftsabschlüsse werden sofort getätigt. Besonders befreitigt äußern sich die Messebesucher fast aller Zweige des Textilgewerbes; teilweise mußten Geschäftsangebote des begrenzten Warenbestandes wegen abgelehnt werden. Die Konfektion machte größere Abschlüsse. Sehr zufrieden äußern sich die Messebesucher der verschiedenen kunstgewerblichen Branchen. In den chemisch-technischen Branchen sind große Umsätze erzielt worden. Im ganzen übertrafen der Messeverkehr und die Abschlüsse am ersten Tage alle Erwartungen. Aus dem Auslande ist eine große Anzahl Einkäufer eingetroffen.

Meuterei der Braunschweiger Gefangenen. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, ist es am Mittwoch im Braunschweiger Kreisgefängnis zu einer Meuterei der Gefangenen gekommen. Eine mit Holzspalten beschaltete Rotte von 15 Mann drang, mit Beilen bewaffnet, nach dem Hauptsaal des

Wesungsmesse ging gegen zu entkommen hat ergeben bereit war anzuschauen.

Die Millionen am 25. Sept. 27. Dezember so daß als von 80 Millionen.

Zahl tist hat der Verlust von sind alle Ver einbegriffen. Menschen geb geboren wurde im Jahre 1918 gegenb der Geburten Zahl der ein Wie die „St Sterblichkeit über 16,54 u bis 1918 gegenb der Geburten 1918 23,800 hatte sich al jährigen ist a auf 275,000 Die Ausrichti ver schied zurzeit auf 1 ungen der B immer noch

Seit 1. Okt. Die in abern. Zwei Regiment A merne und ments und Geld und

Die

Seit 1. Okt. Die in abern. Zwei Regiment A merne und ments und Geld und

Seit 1. Okt. Die in abern. Zwei Regiment A merne und ments und Geld und

Seit 1. Okt. Die in abern. Zwei Regiment A merne und ments und Geld und

Die

Abolf fi seinem Amt Wiederwahl Bürger hier das Amt ein die Stelle a seines Amtes wirkt und im Laufe der

Abolf fi seinem Amt Wiederwahl Bürger hier das Amt ein die Stelle a seines Amtes wirkt und im Laufe der

Abolf fi seinem Amt Wiederwahl Bürger hier das Amt ein die Stelle a seines Amtes wirkt und im Laufe der

Abolf fi seinem Amt Wiederwahl Bürger hier das Amt ein die Stelle a seines Amtes wirkt und im Laufe der

Abolf fi seinem Amt Wiederwahl Bürger hier das Amt ein die Stelle a seines Amtes wirkt und im Laufe der

Abolf fi seinem Amt Wiederwahl Bürger hier das Amt ein die Stelle a seines Amtes wirkt und im Laufe der

Abolf fi seinem Amt Wiederwahl Bürger hier das Amt ein die Stelle a seines Amtes wirkt und im Laufe der

Die

Wesung vor. Die zu Hilfe geufene Reichswehr ging gegen die Meuterer vor, von denen zehn Mann zu entkommen wußten. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die Meuterei von langer Hand vorbereitet war. Zwei der entflohenen Meuterer konnten inzwischen wieder eingefangen werden.

**Die sparlustigen Schöneberger.** Mehr als 180 Millionen Einlagen hat die Schöneberger Sparkasse am 25. September 1919 zu verzeichnen gehabt. Am 27. Dezember 1917 erreichte sie 100 Millionen Mark, so daß also in der Zeit von 1 1/2 Jahren ein Zuwachs von 80 Millionen Mark eingetreten ist.

**Zahlen aus dem Weltkrieg.** Nach einer amtlichen Statistik hat der Krieg 1914/18 für Deutschland einen Gesamtverlust von 5 1/2 Millionen Menschen gefordert. Hierbei sind alle Verluste durch den Krieg, Blockade und Unterernährung einbezogen. Im Jahre 1918 wurden in Deutschland 1.839.000 Menschen geboren, 1.005.000 starben. 1918 starben 1.630.000, geboren wurden 945.000. Dem Geburtenüberschuß von 884.000 im Jahre 1913 steht ein Sterbendüberschuß von 885.000 im Jahre 1918 gegenüber. In den Kriegsjahren sind nur 60 Prozent der Geburten des letzten Friedensjahres erfolgt, sodaß 1921 die Zahl der einzugehenden Kinder dementsprechend kleiner wird. — Wie die „Statistische Korrespondenz“ mitteilt, betrug 1914 die Sterblichkeit 13,91 auf tausend der mittleren Bevölkerung, 1917 aber 16,54 und 1918 23,14. Bei der Sterblichkeit der Fünft- bis Fünfzehnjährigen ist schon der Hochgang der absoluten Zahl der Gestorbenen geradezu in die Augen springend. Dieser betrug 1913 23.800, 1914 25.700; 1917 37.200, 1918 aber 50.300, hatte sich also rund verdoppelt. Bei den über Sechzigjährigen ist ein Ansteigen der Sterbezahlen von 198.000 in 1913 auf 275.000 und 264.000 in 1917 und 1918 zu verzeichnen. — Die Ausichten für die Ehe sind durch den Krieg bedeutend verschlechtert. Im Alter von 20 bis 30 Jahren kommen zurzeit auf 1000 Männer 1230 Frauen. Infolge der Nachwirkungen der Blockade nehmen Unterernährung und Unterernährung immer noch zu.

#### Kleine Nachrichten.

\* Generalfeldmarschall Hindenburg hat am 2. Oktober sein 72. Geburtstag gefeiert.

\* Die Zahl der Erwerbslosen der Stadt Berlin ist abermals von 88.932 auf 86.713 zurückgegangen.

\* Zwei Kanoniere vom leichten freiwilligen Artillerie-Regiment Nr. 30, das in der Berlin-Garde-Kürassier-Kaserne untergebracht ist, erbrachen die Kasse des Regiments und raubten ungefähr 75.000 Mark bares Geld und Wertpapiere. Die Diebe sind entkommen.

### Aus Laasphe und Umgegend.

\* Laasphe, 4. Okt. Dem Vernehmen nach hat Herr Rentner Adolf Fischer die städtischen Körperschaften gebeten, ihn von seinem Amt als Beigeordneter zu entbinden und von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Mit Bedauern werden viele Bürger hiervon Kenntnis nehmen. Ueber 14 Jahre hat Herr Fischer das Amt eines Stadtverordneten bekleidet und über 1 Jahr lang die Stelle als Beigeordneter versehen. Mit seltener Treue hat er seines Amtes unparteiisch, keinem zu Liebe und keinem zu Leide gewirkt und manche städtischen Anstalten und Verbesserungen im Laufe der Jahre sind vielfach auf seine Anregung zurückzuführen.

\* Laasphe, 4. Oktober. (Stiftung.) Herr Rentner Adolf Fischer hat dem Magistrat der Stadt aus Anlaß der Niederlegung seines Amtes als Beigeordneter 5.000 Mark zur Neuorganisation und neuerlichen Einrichtung des städtischen Verwaltungsbetriebes, für den er stets so großes Interesse bezeugt hat, überwiesen. Dem Spender, der durch diese Stiftung wieder sein Interesse für die Stadt und die städt. Einrichtungen gezeigt hat, werden die Stadtverwaltung, die städt. Körperschaften und die Bürger herzlich dank wissen.

\* Laasphe, 4. Okt. Es besteht noch vielfach die Anschauung, daß man nach Abmahlung der Wiesen und Grasflächen berechtigt sei, über diese zu gehen oder zu fahren, oder gar das Vieh darauf zu hüten. Diese Anschauung ist durchaus irrig und entbehrt jeder rechtlichen Unterlage. Man neigt zu der Ansicht, daß das Betreten oder Behüten fremder Grundstücke erst von da ab verboten ist, wenn der Flurschütz wieder in Tätigkeit tritt, also von Anfang Mai bis zum 1. Okt. In früheren Jahren, als die Landwirtschaft in hiesiger Gegend noch sehr im Rückstand war, mochte dies wohl noch durchgehen, obwohl auch damals keine Berechtigung vorgelegen hat. Aber diese Zustände sind schon längst hinfällig geworden. Es ist niemand berechtigt, über fremde Grundstücke zu gehen, oder gar das Vieh darauf zu hüten und der Besitzer braucht das nicht zu dulden, gleichviel in welcher Jahreszeit, oder in welchem Monat. Es ist an der Zeit, daß mit solchen veralteten Anschauungen aufgeräumt wird. Wer sich also nicht strafbar machen will, der beachte fremdes Eigentum und den Grundbesitz: Was Du nicht willst, das Dir geschieht, das tu auch keinem anderen nicht!

\* Laasphe, 4. Oktober. (Erhöhung der Postgebühren.) Es wird noch immer nicht genügend beachtet, daß vom 1. Oktober ab die Postgebühren erhöht worden sind, sodaß es vorkommt, daß bei den Empfängern Straßporto erhoben wird. Wir bringen daher nochmals in Erinnerung, daß Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 15 Pfg., bis 250 Gramm 20 Pfg., im Fernverkehr bis 20 Gramm 20 Pfg., bis 250 Gramm 30 Pfg. kosten. Die Gebühr für Postkarten im Ortsverkehr beträgt 10 und im Fernverkehr 15 Pfg.

\* Grudiebrück, 4. Okt. Auf der Grube Glanzenberg bei Silberg wurde in der Nacht vom vergangenen Dienstag zum Mittwoch ein großer Diebstahl ausgeführt, wobei den Dieben eine reiche Beute in die Hände fiel. In der vorliegenden Nummer setzt die Direktion eine Belohnung von 500 Mark aus für denjenigen, der ihn die Täter namhaft machen kann.

\* Die Annahme von Doppelnamen. Neue Grundstücke für die Genehmigung zur Annahme von Doppelnamen sind jedoch vom Minister des Innern den Regierungspräsidenten zur Kenntnis gegeben worden. Der Minister hat die bisher bestehenden Grundstücke erweitert und die Annahme von Doppelnamen überall da gestattet, wo wirtschaftliche Interessen oder Beziehungen des Familienlebens vorliegen. Dazu rechnet der Minister die Wünsche, Familiennamen zu erhalten, oder die Namen mehrerer durch Heirat verknüpfter Familien zu verbinden. Den Regierungspräsidenten bleibt es überlassen, künftighin über Genehmigung zur Annahme und Führung von Doppelnamen selbständig zu entscheiden.

### Zu der Verordnung über den Mehrerlös von Schlachtviehhäuten.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 23. Sept. 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1714) werden für die Zeit bis zum 14. Oktober 1919 einschließlich folgende Sätze als Mehrerlös für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt für:

|                            |        |
|----------------------------|--------|
| Rinder, ausgenommen Kälber | 54 Mt. |
| Kälber                     | 75 Mt. |
| Schafe                     | 60 Mt. |

Pferde einschließlich Fohlen, Esel,

Maultiere und Mauleseln 21 Mt. |

Hiernach betragen der Häutezuschlag, der an den Viehhalter zu bezahlen ist, und der Anteil, der an das Reich abzuführen ist auf den Zentner Lebendgewicht bei:

|                                 |           |
|---------------------------------|-----------|
| Rindern, ausgenommen Kälber     | je 18 Mt. |
| Kälbern                         | 25 Mt.    |
| Schafen                         | 20 Mt.    |
| Pferden einschl. Fohlen, Eseln, |           |
| Maultieren und Mauleseln        | 7 Mt.     |

Berlin, 26. Sept. 1919.

Die Reichsfleischstelle, Verwaltungsabteilung.  
Der Vorsitzende: von Oßietag.

#### Eingefandt.

Die hierunter erscheinenden Artikel dienen lediglich dem Meinungsaustausch, die Red. übernimmt für sie außer der Pressegehalt. keinerlei Verantwortung.

Laasphe, 3. Okt. Wir können es uns nicht verjagen, dem Verfasser des Eingefandt in Nr. 104 der Grudiebrücker Zeitung und Wittgensteiner Zeitung, worin sich derselbe mit dem Flugblatt aus dem Verlage Fr. Schmidt-Siegen befaßt, folgendes zu erwidern: Der Eingefander greift den am Schluß des bekannten Flugblattes erwähnten Satz „Urteil selbst!“ auf und ist mit seinem Urteil schnell fertig. Er ist der Ansicht, daß es dem Verfasser des Flugblattes weniger darum zu tun sei, den Kreis mit Lebensmitteln zu versorgen, als für seine Partei zu agitieren. Welche Mühe sich der als Verfasser des Flugblattes in Frage kommende Parteisekretär Schmidt und unser rühriger Landtags-Abgeordneter Fries, nachdem beide Herren über die Laasphe durch uns unterrichtet wurden, speziell auch in der Lebensmittelfrage in unserem Kreise, gegeben haben, weiß jedes Parteimitglied und wir finden den beiden Herren dankbar für ihre Vertretung unserer Interessen. Da die gesamte Bevölkerung unseres Kreises unter der schlechten Ernährung wie an keinem anderen Orte zu leiden hat, hätte man doch annehmen sollen, daß sich auch die Abgeordneten der anderen Parteien in der Angelegenheit bemüht hätten. Aber diese Herren, die sich in ihren Wahlkreisen so gerne als die wirklichen Volksvertreter hinstellen, haben nichts für uns getan. Nun zu dem Eingefandt selbst zurück. Der Herr Eingefander wundert sich, daß sich die Siegerländer um das Wittgensteiner Land bekümmern und empfiehlt ihnen, vor der eigenen Türe zu kehren. Aber, verehrter Herr Eingefander, wir sind doch hier im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein und da ist es doch ganz selbstverständlich, daß sich die „Siegerländer“ um uns Wittgensteiner bekümmern. Wenn sich der Wahlvorstand Siegen-Wittgenstein, an der Spitze der von uns gewählte Abgeordnete Fries, nicht für unsere Interessen ins Zeug legen würden, würden wir sozialdemokratischen Wähler die Herren ganz energig in ihre Pflicht erinnern. Dessen bedarf es aber nun nicht, denn Herr Abgeordneter Fries und der Wahlvorstand sind sich selbst ihrer Pflicht bewußt und treten mit allen Kräften für die Interessen und das Wohl ihrer Wähler ein. Sozialdemokratische Ortsgruppe.

Nach verschiedenen Berichten in der Wittgensteiner und Grudiebrücker Zeitung, welche sich mit der Lebensmittelversorgung und der Schuldfrage an der schlechten Versorgung des Kreises Wittgenstein befaßten, fühle ich mich als Teilnehmer an der nach Arnsberg gelangten Abordnung veranlaßt, die Sache den Laasphe nach richtigzustellen. Die Abordnung von Laasphe, welche nach Arnsberg geschickt wurde und an der auch einige Grudiebrücker Herren teilnahmen, erhielt folgenden Bescheid: Die größte Schuld trifft die Person, die den Kreis Wittgenstein als Selbstverforgerkreis hat hinstellen lassen. Die Abordnung erhielt aber auch den Bescheid, daß am 20. Mai 1919 ein Schreiben an das Landratsamt zu Verleburg gegangen sei, worin um Angabe der Zahl der Versorgungsberechtigten gebeten wurde. Herr Kolberg (Leiter des Wirtschaftsamtes zu Verleburg), welcher auch an den Verhandlungen, in Arnsberg teilnahm, hatte zufällig eine Abschrift des genannten Schriftstückes in seiner Aktensmappe. Auf die Frage des Herrn Regierungsrats Meinke, ob noch nichts in der Angelegenheit getan sei, erwiderte Herr Kolberg, diese Verfügung hatte der Herr Landrat zu erlassen. Hierauf erwiderte Herr Regierungsrat Meinke mündlich etwa folgendes: „Also, meine Herren, wenn es Ihre Behörde nicht für nötig hält, die Zahl der Versorgungsberechtigten anzugeben, müssen wir hier an der Regierung denken, dem Kreise Wittgenstein geht es sehr gut. Es besteht nämlich eine Verfügung, daß sämtliche Orte, welche mehr als 50 Prozent Versorgungsberechtigte aufweisen, berechtigt sind, Auslandslebensmittel zu beziehen.“ Herr Bürgermeister Berensmann stellte sofort fest, daß von den 2300 Einwohnern von Laasphe 1567 Versorgungsberechtigte sind und daß an das Bürgermeisteramt Laasphe kein diesbezügliches Schreiben ergangen sei. In der oben angeführten Verfügung handelte es sich darum, ob der Kreis Wittgenstein zum Bezuge der Lebensmittel vom Reich zur Verfügung gestellten verbilligten Lebensmittel berechtigt sei. Da der Herr Landrat diese Verfügung nicht beantwortet hat, trägt er die Schuld, daß der Kreis Wittgenstein vom Bezuge dieser Lebensmittel ausgeschlossen war. Erst durch das Vorgehen der Arbeiterchaft, welche die Abordnung nach Arnsberg sandte, und durch das Vorgehen unseres Abgeordneten Fries in Berlin und Arnsberg wurde man höheren Orts auf die unzureichende Lebensmittelversorgung der Wittgensteiner Bevölkerung aufmerksam. Chr. Mengel, Laasphe.

### Kreissparkasse Berleburg.

#### Zweigstelle Grudiebrück

Hauptstraße Nr. 42.

— Mündelscher. —

Die Zweigstelle nimmt Spar- und Kapitaleinlagen in jeder Höhe entgegen, auch Zinszahlungen und Darlehnsabträge.

Die Zweigstelle eröffnet Scheckkonten, nimmt Einzahlungen hierauf entgegen, leistet Rückzahlungen gegen Scheck, führt Ueberweisungen aus.

Die Zweigstelle übernimmt die Hinterlegung und Verwaltung von Wertpapieren in dem Tresor der Sparkasse.

Die Zweigstelle gibt Heimpfandbäusen aus.

Die Zweigstelle nimmt Anträge auf Gewährung von Darlehen entgegen. Alle Aufträge werden prompt erledigt.

Dem Verwalter der Zweigstelle ist strengste Verschwiegenheit zur Pflicht gemacht; auch die Steuerbehörde erhält keine Auskunft.

Die Geschäftsstunden sind in der Regel Werktag von 8—12 Uhr vormittags und 1—6 Uhr nachmittags.

Bestimmte Geschäftsstunden, insbesondere für Auswärtige, sind Montags und Donnerstags von 8—12 Uhr vormittags.

### Lichtspiele Laasphe

Samstag von 8 1/2 Uhr ab  
Der größte Kulturfilm der  
Gegenwart in 5 Akten:

## „Pax aeterna“

(„Der ewige Friede“)

oder

### „Das Erwachen d. Völkerbundes“

Dieser Film wurde schon im Anfang des Krieges in Dänemark vom Bunde der internationalen Friedensfreunde zur Bekämpfung des Völkermordens hergestellt, wurde aber in Deutschland von der Zensur verboten.

Von Akt zu Akt spannender.

Außerdem das übliche Beiprogramm.

Sonntag nur von 1 1/2—4—6 Uhr:

## große Volks-Vorführung.

Erwald Böding.

Gasthof Koch

### Bekanntmachung.

Wir nehmen Zeichnungen auf die 4% Westfälischen Provinzial-Schuldverschreibungen zum Vorzugskurse von 95,65 % in der Zeit vom 24. Septbr. bis 11. Oktober entgegen.

Laasphe, den 23. Sept. 1919.

Kreissparkasse Laasphe.

## 500 Mt. Belohnung

In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober sind bei uns gestohlen worden:

50 Paar Grubenschuhe Nr. 40—46 mit eingedruckten Preisen von Mk. 30 bis 32, 3 Paar Sonntagsschuhe, 1800 Zigaretten Lohengrin, eine Partie Gaskin-Zigaretten, eine größere Partie Strümpfe, Uhren-Armbänder, Portemonnaies, Toiletten-Seife, Brotmarken für etwa 100 Brote aus dem Kreise Olpe.

Die obige Belohnung zahlen wir an die Person, welche die Täter so namhaft machen kann, daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

### Konsum

der Gewerkschaft Grube Glanzenberg, Silberg, Post Welschenneust.

### Prima rote Konserven-Gummiringe

Friedensqualität, für Gläser und Krüge aller Systeme sofort lieferbar.

Walter Diercks, Dillenburg.

Telefon 63.

Hauptstraße 44.

technische Gummitwaren und Asbest-Fabrikate

— Treibriemen aller Art. —

Auto-Fahrrad-Bereifungen-Sportartikel

### Karl Maack,

Dentist,

Silberbach.

Anfertigung

künstlicher Gebisse,

Plompen usw.

in guter Friedensware.

Zahnziehen

mit Betäubung.

Auswärtigen Klienten vergüte einen Teil des Fahrgebüses.

kleinstehender Herr (Beamter), sucht zum 15. 11. 19 Wohnung mit voller Pension in Laasphe.

Gef. Angebote unt. N. 100 an die Wittgensteiner Ztg. bis 12. 10. erbeten.

Eine fast neue, moderne

### Bettstelle

steht zum Verkauf. Bei wem? sagt die Geschäftsstelle der Grudiebrücker Zeitung.

Die Geburt eines zweiten  
**Töchterchens**  
zeigen hocherfreut an

**Freiherr von Wittgenstein**  
und **Frau Ilse** geb. von Gersdorff.  
Carlsburg b. Laasphe, 3. Okt. 1919.

Emilie Schmidt  
Walter Langenbach

VERLOBTE

Schwarzenau Laasphe  
4. Oktober 1919.

Statt Karten.  
Hulda Birkelbach  
Wilhelm Afflerbach

VERLOBTE

Schameder, im Oktober 1919.

Der  
**Witwe Briefträger Bäder**  
in Erndtebrück  
zu ihrem Geburtstage am 4. Oktober die  
herzlichsten  
**Glück- u. Segenswünsche!**

Liebe Gotthe!

Vertrau auf Gott, wenn Stürme toben,  
Wenn Dich die Wolken schwer umsch'n.  
Vertrau auf Gott, Du wirst's erproben,  
Er läßt Dich doch nicht untergeh'n.  
Warf Dich auch manchmal Krankheit nieder,  
Hält Dich dann in dem Bann die Not,  
Es kommen bess're Tage wieder,  
Hab' nur Geduld, vertrau auf Gott.  
Hat die du liebtest Dich so früh verlassen,  
Mit dem Dir ganz die Hoffnung schwand,  
Verzweiflung wollte Dich erfassen,  
Halt' Du Dich nur an Gottes Hand.  
Der heilet sanft die tiefsten Wunden  
Und ob es geht durch Not zum Tod.  
O Herr, noch in der letzten Stunde,  
Im Todeskampf vertrau auf Gott!

Gewidmet von Deinen Lieben  
in Wilhelmshaven.

**Bekanntmachung.**

Im Auftrage des Herrn Dr. Schäding  
bitte ich jede Gemeinde des Kreises, mir umgehend durch  
besondere Boten überbringen zu lassen: **Alle alten und  
neuen Rezepte, die Abblöherezepte und Separations-  
rezepte.** Soweit die Rezepte auf den Aemtern liegen, sind  
die Amtmänner verpflichtet, dieselben an die Gemeinden  
herauszugeben.

Erwarte die Rezepte bis 6. d. Mts. bestimmt.

**Wilhelm Schneider,**

3. St. Verleburg, Landratsamt oder Ederstraße 5.

**Arbeiter**

für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Gustav Berger & Cie., Erndtebrück.**



**Todesanzeige.**

Heute früh entschlief sanft nach kurzem Leiden an Herzschlag im Alter  
von 51 Jahren mein herzlich geliebter Mann, unser guter Vater,  
der kom. Amtmann von Banse,  
Bürgermeister von Wetter,

**Herr Friedrich zur Nieden.**

In tiefem Schmerze:

**Julie zur Nieden** geb. Henneke,  
**Carl zur Nieden,**  
**Christel zur Nieden.**

Banse, 3. Oktober 1919.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag den 6. Oktober 1919, nachmittags 3 Uhr.  
Von Beileidsbesuchen bitten abgesehen.

**Nachruf!**

Nach kaum einjähriger Wirkamkeit in unserem Amte ist  
heute morgen um 5 Uhr

**Herr Amtmann zur Nieden**

durch einen plötzlichen Tod abgerufen worden.

Wir stehen trauernd an der Bahre dieses Mannes, der sich  
durch sein lautes, humanes Wesen, durch seinen versöhnlichen  
Charakter auch in der kurzen Zeit seines Wirkens unser aller  
Vertrauen und Hochachtung erworben hat. Wir werden ihm ein  
treues Andenken auch über das Grab hinaus bewahren.

Banse, den 3. Oktober 1919.

Namens der Amtsversammlung des Amtes Banse:

**Die Beigeordneten**  
Grund. Althaus.

**Schuhmacher-Zwangs-  
Innung.**

Die Mitglieder werden hiermit zu der am  
**Sonntag den 5. Okt., mittags 12 Uhr**  
im Saale des Herrn Didel in Leimstruth stattfindenden  
**Versammlung**

eingeladen und um allseitige Beteiligung gebeten.

Tagesordnung:

1. Auszahlung der reparierten Militärschuhe u. -Stiefel,
2. Ausstellung des festgesetzten Preisverzeichnis,
3. Zahlung der Beiträge,
4. Wahl eines Gefellen-Prüfungs-Ausschusses,
5. Entgegennahme von Anträgen,
6. Verschiedenes.

**Der Vorstand.**

J. A.: Fr. Schäfer.

NB. Mitglieder sind sämtliche selbständige Schuhmacher  
des Kreises und als solche verpflichtet, Beitrag zu zahlen.

Erstklassige

**Nähmaschinen**

liefert zu angemessenen Preisen

**August Mittelmann, Laasphe.**

**Friseurlehrling**

zum sofortigen Eintritt ge-  
sucht. Gelegenheit zur Aus-  
bildung in der niederen  
Chirurgie geboten.

**Otto Käwel, Siegen,**  
Kaiser- und Heilgehilfe,  
Koblenzerstr. 39.

Braves

**Mädchen**

für kleinen Haushalt und  
etwas Landwirtschaft gesucht.  
Selbstiges muß 2 Kühe be-  
sorgen können. Gute Be-  
handlung und guter Lohn  
zugewahrt. Masch- und Fuß-  
frau vorhanden.

**Frau Ing. Hoffmann,**  
Dahlbruch bei Siegen.

Suche auf sofort oder  
zum 1. Januar 1920 ein  
tüchtiges

**Mädchen**

welches melken kann. Hoher  
Lohn und gute Behandlung  
zugewahrt.

**Herrn. Gärtner,**  
Langenau bei Krenztal.

**Volksbücherei  
Laasphe**

Sämtliche aus der Bücherei  
entlehene Bücher müssen am  
**Sonntag den 4. d. M.**  
abgeliefert werden.  
Der Vorstand.

**Bekanntmachung.**

Am Montag den 6. Okt.  
und Dienstag den 7. Okt.  
1919 kommt für die Ge-  
meinden Erndtebrück,  
Schameder, Banse und  
Zinse bei Louis Sureth  
**Weizenmehl für Kranke**  
zum Verkauf.

Das Mehl darf nur gegen  
Vorgeigung der gelben Be-  
zugscheine abgegeben werden.  
Erndtebrück, d. 3. Okt. 1919.

Der Amtmann:  
Koeßler.

**Bekanntmachung.**

Der Gemeinde-Vorsteher  
**Wilhelm Afflerbach**  
zu Zinse ist in seiner  
Eigenschaft als Butterrevisor  
zum Hilfspolizeibeamten be-  
stellt und als solcher ver-  
pflichtet worden.

Erndtebrück, d. 26. Sept. 19.  
Der Amtmann:  
Koeßler.

**Landwirtschaftliche  
Winterschule.**

Zum täglichen Reinigen  
und Heizen der Schulräume  
wird für den 1. November  
zuverlässige Frau ge-  
sucht. Bewerberinnen wollen  
sich bei dem Unterzeichneten  
melden.

Der Direktor:  
Hopp.

**Zentrifugen**

mit und ohne Einsatz  
liefert

**Hermann Schäfer,**  
Niederlaasphe,  
Hausnummer 2.

Nehme auch alle Zentri-  
fugen in Tausch.

**Kirchlicher Anzeiger.**  
Evangelischer Gottesdienst  
in Laasphe.

16. S. u. Trinitatis, 5. Oktober.  
10 Uhr: P. Bauer

Sammlung für d. Westfälische  
Frauenhilfe.  
2 Uhr: Kinder Gottesdienst.